Ursula Filipič, Annika Schönauer

EIN JAHR CORONA: AUSBLICK ZUKUNFT DER ARBEIT

VORWORT

Der vorliegende Band von „Sozialpolitik in Diskussion" ist Teil einer Reihe von Publikationen, die auf einem „Call for Presentations" und darauf aufbauenden Veranstaltungen im Rahmen einer Kooperation der Arbeiterkammer Wien mit dem Forschungsnetzwerk universitäre und außeruniversitäre Sozialforschung (SOZNET[1]) beruhen (vgl. Filipič/Schönauer 2018; 2020). Call und Veranstaltungen zielen darauf ab, v. a. jungen Wissenschafter*innen aus unterschiedlichen Institutionen und Disziplinen eine Möglichkeit zur Präsentation und Diskussion von Forschungsbefunden aus laufenden oder abgeschlossenen Forschungsprojekten, Dissertationen und Masterarbeiten zu geben. Darüber hinaus sollte damit Gelegenheit zur Vernetzung und zum Wissens- und Erfahrungstransfer zwischen den Beteiligten bzw. zwischen Wissenschaft und Praxis geboten werden.

Die im vergangenen Jahr notwendigen Präventionsmaßnahmen zur Pandemiebekämpfung stellten die Vorbereitungen für die Veranstaltung 2020 jedoch gehörig auf den Kopf. Konnte der „Call for Presentations" zum breit angelegten Thema „Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft" Ende 2019/Anfang 2020 noch wie gehabt durchgeführt werden, sah es mit der darauf aufbauenden Veranstaltung ganz anders aus: Die Pandemie hatte Österreich erreicht, die Veranstaltung musste zuerst verschoben und schlussendlich abgesagt werden.

Rasch war aber klar, dass wir weder auf den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis noch auf die abschließende Publikation verzichten wollten. Die Entwicklungen machten darüber hinaus auch deutlich: Die eingereichten Texte zur Zukunft der Arbeit waren einerseits hochaktuell und verlangten andererseits nach einer Reflexion vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie. Wir freuen uns sehr, dass insgesamt zwölf der für die ursprüngliche Veranstaltung ausgewählten Wissenschafter*innen unserer Einladung folgten, ihre Forschungsthemen in einen Band mit dem neuen Titel „Ein Jahr Corona: Ausblick Zukunft der Arbeit" einzubringen.

Um in möglichst direkten Kontakt miteinander zu treten, entwarfen wir einen Peer-Review-Prozess. In neun einstündigen Online-Meetings wurden die Einreichungen von jeweils anderen Autor*innen des Sammelbandes sowie externen Expert*innen aus der Wissenschaft und der Arbeiterkammer Wien begutachtet und gemeinsam diskutiert. Die vorliegenden Texte sind das Ergebnis dieses intensiven Prozesses, für den wir uns bei den Autor*innen dieses Bandes und den Reviewer*innen herzlich bedanken. Letztere sind: Carina Altreiter, Oliver Gruber, Michael Heiling, Elke Larcher, Oliver Prausmüller, Kurt Schalek, Bettina Stadler und Norman Wagner.

Wir freuen uns sehr, dass mit dem vorliegenden Sammelband „Ein Jahr Corona: Ausblick Zukunft der Arbeit" wichtigen Beiträgen zum Thema „Zukunft der Arbeit" trotz veränderter Rahmenbedingungen auch heuer die Möglichkeit zu einer zeitnahen Veröffentlichung gegeben werden konnte.

1 SOZNET besteht seit 2014 und hat sich zum Ziel gesetzt, die österreichische Arbeitsforschung durch eine verstärkte Zusammenarbeit und Vernetzung nachhaltig voranzutreiben. FORBA hat in dieser Kooperation die Koordinationsrolle inne. Durch die Kooperation mit der Arbeiterkammer Wien im Rahmen des Projekts „SOZNET-AK" konnte ein wichtiger Schritt in diese Richtung gesetzt werden.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 23/2021: Seiten 3–7

Ein Jahr nach dem Ausbruch des Coronavirus SARS-CoV-2 und der Verhängung des ersten Lockdowns in Österreich am 16. März 2020 ist offenkundig, dass das Virus und die zu dessen Eindämmung ergriffenen politischen Maßnahmen die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Österreich stark geprägt und teils deutlich verändert haben. Kaum ein gesellschaftlicher Bereich blieb davon verschont.

Die zunehmend offenkundigen Fakten widerlegen die weit verbreitete Ansicht, das Virus treffe alle gleich. Dies zeigt auch der vorliegende Band, der thematisch einen weiten Bogen spannt: Agnes Fessler, Hajo Holst und Steffen Niehoff führen unterschiedliche Betroffenheiten von Folgen der COVID-19-Pandemie eindrücklich vor Augen und zeigen unterschiedliche Gestaltungsspielräume auf. Diese sind v. a. für untere Gesellschaftsklassen äußerst gering. Die Folgen von COVID-19 verstärken so bestehende Klassenungleichheiten und erschweren Solidarisierungsprozesse. Unterschiedliche Betroffenheiten von COVID-19 – diesmal auf globaler Ebene – stehen auch im Zentrum des Beitrags von Lukas Schlögl. Die von der Pandemie ausgelöste Krise der Erwerbsarbeit im Zuge der Schließung vieler Betriebe hatte teils gravierende Verschlechterungen der Lebensbedingungen vieler Betroffener zur Folge, v. a. in Ländern des Globalen Südens mit schwach ausgeprägter Sozialstaatlichkeit. Andrea Komlosy verortet in den Lockdowns im Gefolge von COVID-19 Katalysatoren für den Übergang in eine neue Phase des Kapitalismus. Dem kapitalistischen Zugriff unterliegt nicht länger nur die Arbeitskraft, sondern der menschliche Körper und seine Erfahrung als Ganzes. Der Verbreitung neuer atypischer Beschäftigungsformen in Österreich widmet sich der Beitrag von Judith Derndorfer und Johanna Hofbauer. Sie konstatieren: Die empirische Datenlage dazu ist äußerst mager. Gerade die COVID-19-Pandemie macht aber die erheblichen Risiken dieser Beschäftigungsformen deutlich: Sie liegen v. a. in mangelnder sozialer Sicherung und unzureichender Interessenvertretung. Der Frage nach erforderlichen künftigen Kompetenzen in einer digitalisierten Arbeitswelt geht der Beitrag von Claudia Smonik nach. Die Autorin kommt zum Ergebnis, dass Soft Skills zunehmend an Bedeutung gewinnen, und plädiert dafür, deren Erwerb auf den unterschiedlichsten Ebenen zu fördern. Höchst ungleiche Folgewirkungen der COVID-19-Pandemie stehen auch im Zentrum des Beitrags von Franziska Foissner, Vera Glassner und Simon Theurl. Nicht nur die Zuspitzungen auf den Erwerbsarbeitsmärkten, sondern auch häufige Doppel- und Mehrfachbelastungen betreffen Frauen besonders stark. Politische Maßnahmen zur Verhinderung einer Retraditionalisierung von Geschlechterrollen sind daher unbedingt geboten. Christian Berger identifiziert aus einer feministisch-politökonomischen Perspektive den Haushalt als einen der wesentlichen Orte für die Gesellschafts- und Geschlechter-Reproduktion. Demgemäß verdichten sich die Folgen der Corona-Pandemie im Haushalt, dem Epizentrum des Kapitalismus. Julia Bock-Schappelwein und Ulrike Famira-Mühlberger thematisieren aus einer ökonomischen Perspektive die Folgewirkungen der Schulschließungen als Maßnahme zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie. Abgesehen davon, dass dies Eltern vor gravierende Herausforderungen stellte, treffen die Schulschließungen v. a. jüngere, sozial benachteiligte und lernschwache Kinder. Miriam Fahimi geht in ihrem Beitrag der Frage nach dem Einsatz von Robotik in der Pflege nach und untersucht die Einschätzungen von Pflegenden dazu. Deren Stimmen – v. a. in Hinblick auf deren Sorge vor einer Rationalisierung und Verdrängungen von Beziehungsarbeit in der Pflege – werden zu wenig gehört.

Waren unseres Erachtens in den vergangenen Dekaden öffentliche Debatten und politische Maßnahmen häufig geprägt von neoliberalen Angriffen auf den Sozialstaat (vgl. etwa Wirtschaft und Gesellschaft 2020b), so hat die multiple Krise im Gefolge der Corona-Pandemie die herausragende Bedeutung eines gut ausgebauten, leistungsfähigen Sozialstaates nachdrücklich vor Augen geführt. Dies spiegelt sich auch in den Einstellungen der in Österreich lebenden Men-

Sozialpolitik in Diskussion, Band 23/2021: Seiten 3–7

schen wider: Mehr als 60 % vertreten die Auffassung, der Sozialstaat sei im Gefolge der Corona-Krise noch bedeutender geworden, und die – im internationalen Vergleich bereits hohe – Zustimmung zu staatlicher Einkommensumverteilung hat sich noch erhöht. Dies trifft insbesondere auf Menschen zu, die ihren Status in der gesellschaftlichen Hierarchie „eher unten" verorten (vgl. Liebl/Molitor/Steiber 2021).

Dass die COVID-19-Pandemie am stärksten untere Klassen bzw. Menschen, die ihre soziale Position im gesellschaftlichen Gefüge „eher unten" ansiedeln, trifft, belegen rezente Studien (vgl. dazu u. a. Steiber 2021; Momentum Institut 2020) und führen auch einzelne Beiträge des vorliegenden Bandes eindrücklich vor Augen. Es sind gleichzeitig jene, die über vergleichsweise geringe Ressourcen zur Bewältigung dieser Verwerfungen verfügen.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie haben in Österreich „zum tiefsten wirtschaftlichen Einbruch der Zweiten Republik" (Wirtschaft und Gesellschaft 2020a, 163) geführt. Auch im europäischen Vergleich ist dieser besonders tief und nicht allein auf die starke Betroffenheit des Tourismussektors zurückzuführen, sondern auch Versäumnissen beim Pandemiemanagement geschuldet (vgl. Huber/Picek 2021). Eine der gravierendsten Folgen ist der extreme Anstieg der Arbeitslosigkeit (vgl. Pixer/Dammerer 2021). Sie bedeutet für die Betroffenen nicht nur den Verlust von Einkommen und daraus resultierende Existenzsorgen, sondern auch eine deutliche Verschlechterung des psychischen Wohlbefindens, was sich längerfristig negativ auf die Gesundheit und die Chancen auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt auswirken kann (vgl. Kittel/Resch 2020). Aber auch kleine Selbstständige sind massiv von Einkommensverlusten betroffen, „und ihre Chancen, Einkommen zu erzielen, sind auch langfristig merklich beeinträchtigt" (Wirtschaft und Gesellschaft 2020a, 163).

Der massive Einsatz von Kurzarbeit hat viele Menschen vor den Folgen von Arbeitslosigkeit bewahrt. Zeitweise waren bis zu 1,3 Millionen Menschen in Kurzarbeit, und auch im Februar 2021 waren immer noch 496.000 Beschäftigte zur Kurzarbeit angemeldet (vgl. AMS 2021).

Dass es in naher Zukunft eine Rückkehr zur früheren „Normalität" geben wird, ist – ungeachtet diesbezüglicher Beteuerungen von Politiker*innen, wie etwa wiederholt durch Bundeskanzler Kurz – nicht zu erwarten. Umso mehr bedarf es gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Überwindung der Folgen der COVID-19-Pandemie. Wirtschaftswachstum führt nicht automatisch zu Wohlstand für alle (vgl. Arbeiterkammer Wien 2020) und ist daher als Ziel zu wenig. „Die Krise muss den Ausgangspunkt für einen sozialökologischen Umbau bilden, der Sicherung und Ausbau des Sozialstaates, gerechte Verteilung – auch der bezahlten und unbezahlten Arbeit – und ökologische Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellt, kurzum sich am Wohlstand der breiten Masse der Bevölkerung orientiert" (Wirtschaft und Gesellschaft 2020a, 164).

Der durch die COVID-19-Pandemie bedingte „deutliche Rückschlag in der nachhaltigen Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen" in Österreich erfordert ein Bündel von Maßnahmen zur „kurzfristigen Wiedererreichung des Wohlstandsniveaus zu Vorkrisenzeiten und zur mittelfristigen Steigerung des Wohlstands" (AK Wien 2020, 8): Höchste Priorität haben eine umfassende Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsoffensive inklusive einer höheren Existenzsicherung im Falle von Arbeitslosigkeit, öffentliche Investitionen v. a. in Klimaschutz und Alltagsleben, beispielsweise über den Ausbau von sozialen Dienstleistungen. Dringend erforderlich ist eine verteilungsgerechte Wiederherstellung der ökonomischen Stabilität, denn Verteilungskämpfe über die Folgekosten der COVID-19-Pandemie dürfen nicht zulasten jener gehen, die von der Pandemie bisher schon am stärksten betroffen sind, wie arbeitslose Menschen, Frauen, Kinder und Jugendliche, Migrant*innen sowie Haushalte mit geringen Einkommen. Zur Finanzierung dieser

Kosten bedarf es „progressive[r] Abgaben auf Vermögen und Erbschaften, Spitzeneinkommen und Dividenden mit einem Milliardenaufkommen“ (Arbeiterkammer Wien 2020, 93). Wie eine rezente Studie zeigt, ist die – berechtigte – Sorge um ein weiteres Auseinanderdriften von Arm und Reich in Österreich groß (vgl. Liedl/Molitor/Steiber 2021). Staatliche Maßnahmen der Einkommensumverteilungen finden in Österreich – auch im internationalen Vergleich – viele Befürworter*innen: Rund drei Viertel der Befragten sind etwa der Meinung, der Staat solle mehr tun, um Armut zu verhindern, und rund zwei Drittel meinen, die Vermögensverteilung in Österreich sei ungerecht und es bedürfe staatlicher Maßnahmen, um diese Ungerechtigkeit zu verringern. Zur Finanzierung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie werden finanzpolitische Maßnahmen zur Umverteilung deutlich stärker befürwortet als eine Reduktion von Sozialleistungen (vgl. ebenda).

Last, but not least bedarf es insgesamt einer Stärkung des Sozialstaates (vgl. AK Wien 2020). Auch die Mehrheit der in Österreich lebenden Menschen misst dem Sozialstaat eine hohe, durch die Krise noch gewachsene Bedeutung zu (vgl. Liedl/Molitor/Steiber 2021).

Wir wünschen eine anregende, spannende Lektüre.

BIBLIOGRAFIE

Arbeitsmarktservice (2021), Übersicht über den Arbeitsmarkt, Februar 2021; Arbeitsmarktdaten Österreich » aktuelle Berichte | AMS.

Arbeiterkammer Wien (Hg., 2020), AK-Wohlstandsbericht 2020. Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich 2016–2021 (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 204, Working Paper-Reihe der AK Wien), Wien; https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/verteilungsgerechtigkeit/AK-Wohlstandsbericht_2020.pdf.

Wirtschaft und Gesellschaft (2020a), Editorial der Redaktion: Eine wirtschaftlich vernünftige, sozial gerecht und ökologisch nachhaltige Antwort auf die Krise. In: Wirtschaft und Gesellschaft, 46. Jahrgang, 2/2020, Wien, 163–173. https://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2020_46_2/2020_46_2_0163.pdf.

Wirtschaft und Gesellschaft (2020b), Editorial der Redaktion: Der österreichische Sozialstaat in der Covid-19-Krise. In: Wirtschaft und Gesellschaft, 46. Jahrgang, 4/2020, Wien, 487–500. https://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2020_46_4/2020_46_4_0487.pdf.

Filipič, Ursula und Annika *Schönauer* (Hg., 2018), Zur Zukunft von Arbeit und Wohlfahrtsstaat. Perspektiven aus der Sozialforschung (= Sozialpolitik in Diskussion, Band 19); Zur Zukunft von Arbeit und Wohlfahrtsstaat (19) - Portal der Arbeiterkammern und des ÖGB Verlags.

Filipič, Ursula und Annika *Schönauer* (Hg., 2020), Quo vadis Partizipation und Solidarität? (= Sozialpolitik in Diskussion, Band 22); Quo vadis Partizipation und Solidarität? (22) – Portal der Arbeiterkammern und des ÖGB Verlags.

Huber, Alexander und Oliver *Picek* (2021), Abstiegskampf im letzten Drittel: Warum die österreichische Wirtschaft im europäischen Vergleich so stark eingebrochen ist (= Momentum Policy Brief 05/2021), März 2021; https://www.momentum-institut.at/system/files/2021-03/moment_policybrief_0521_20210312.pdf.

Kittel, Bernhard und Thomas *Resch* (2020), Erwerbsverläufe und psychisches Wohlbefinden während der SARS-CoV-2-Pandemie in Österreich, in: Wirtschaft und Gesellschaft, 46. Jahrgang, 4/2020, 537–557; H4.vp (akwien.at).

Liedl, Bernd, Philipp *Molitor* und Nadia *Steiber* (2021), Einstellungen zum Sozialstaat in der COVID-19 Gesundheits- und Arbeitsmarktkrise (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 210, Working Paper-Reihe der AK Wien); Einstellungen zum Sozialstaat in der COVID-19 Gesundheits- und Arbeitsmarktkrise (210) – Portal der Arbeiterkammern und des ÖGB Verlags.

Pixer, Anna und Quirin *Dammerer* (2021), Ein Corona-Jahr in 12 Grafiken, Momentum Institut; https://www.momentum-institut.at/news/ein-corona-jahr-12-grafiken?utm_campaign=Momentum%20Institut%20%7C%20Think%20Tank%20der%20Vielen&utm_medium=email&utm_source=Revue%20newsletter.

Steiber, Nadia (2021), Die COVID_19 Gesundheits- und Arbeitsmarktkrise und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 211, Working Paper-Reihe der AK Wien); Die COVID-19 Gesundheits- und Arbeitsmarktkrise und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung (211) – Portal der Arbeiterkammern und des ÖGB Verlags.